

Signatur: 2025.SR.0182
Geschäftstyp: Postulat
Erstunterzeichnende: Michael Ruefer (GFL), Alexander Feuz (SVP)
Mitunterzeichnende: Mirjam Roder, Tanja Miljanovic, Carola Christen, Francesca Chukwunyere, Michael Burkard, David Böhner, Matteo Micieli, Tobias Sennhauser, Laura Curau, Michelle Steinemann, Nicolas Lutz
Einrechiedatum: 12. Juni 2025

Postulat: Nach Nein zur Variante Bundesgasse-Kochergasse: Die Stadt soll die Optimierung des ÖV-Netzes im Stadtzentrum unabhängig überprüfen; Annahme / Prüfungsbericht

Prüfauftrag

Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

1. Mit einem Gesamtverkehrskonzept, einem unabhängigen Verkehrsgutachten (öV, Fuss-, Veloverkehr, MIV) oder einem vergleichbaren Instrument sollen nach dem Nein zur Variante Bundesgasse-Kochergasse die stadtverträglichen Optionen für den ÖV in der Innenstadt noch einmal grundsätzlich überprüft werden (Entlastung Hauptgassen, Anzahl Trämäste)
2. Dabei sind insbesondere aktualisierte Verkehrsnachfrage-Prognosen -szenarien und Aspekte der Verkehrsverlagerung (vom öffentlichen Verkehr hin zum Fuss- und Veloverkehr) zu berücksichtigen.

Begründung

Nach dem Nein des Bundes zu Variante 3 (Bundesgasse-Kochergasse) im Rahmen der vertieften Überprüfung / ZMB einer 2. Tramachse Innenstadt bleiben in einer weiterlaufenden Prüfung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland nur noch 2 Varianten übrig, die städtebaulich zu massiven Eingriffen führen würden. Sie wurden von der Stadtbildkommission abgelehnt und auch durch den Gemeinderat noch im Oktober 2024 als «nicht vertretbar» verworfen, da eine weitere Belastung des Bubenberg- und Bahnhofplatzes als nicht opportun und inkompatibel mit der städtebaulichen Entwicklung im Zusammenhang mit «Stadtraum Bahnhof» erachtet wird. Der Gemeinderat selbst hatte bei seiner Mitwirkungseingabe angeregt, sich über grundsätzliche Alternativen Gedanken zu machen, insbesondere falls sich Variante 3 nicht realisieren lässt - und auch im Detail ausgeführt, dass Varianten 1 und 2 für ihn nicht infrage kommen. Aufgrund der Mitwirkung zeichnet sich zudem klar ab, dass eine Weiterverfolgung, der verbleibenden Optionen nicht zielführend und politisch chancenlos sein dürften.

Die Dringlichkeit wurde vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Analog zu seiner Antwort auf das Postulat *Michael Ruefer (GFL): Nach Nein zur Variante Bundesgasse-Kochergasse: Die Stadt soll die Optimierung des ÖV-Netzes im Stadtzentrum unabhängig überprüfen* weist der Gemeinderat darauf hin, dass derzeit die zweite Phase der Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) «Zweite Tramachse Innenstadt» von der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) koordiniert

wird.¹ In diese Arbeiten ist auch die Stadt Bern involviert. Prioritär wird die Linienführung gegen Westen via Laupenstrasse – Belpstrasse weiterentwickelt, um damit die dringend notwendige Entlastung des Trambetriebs am Hirschengraben zu ermöglichen. Was die Linienführung auf dem östlichen Ast betrifft, so hat der Gemeinderat aufgrund von städtebaulichen Überlegungen die Variante 3 (Bundegasse – Kochergasse) an sich klar favorisiert.² Der Entscheid der Regionalkonferenz, die Variante 3 nicht weiterzuverfolgen, ist aus Optik des Gemeinderats jedoch nachvollziehbar. Die Rückmeldungen aus der öffentlichen Mitwirkung haben zudem gezeigt, dass alle Varianten kontrovers diskutiert wurden.

Zu den Punkten 1 und 2

Wie der Vorstoss zu Recht festhält, hat sich der Gemeinderat in der ersten Phase der Arbeiten dahingehend geäussert, dass eine neue Gesamtverkehrsstudie unter Einbezug von Region und Kanton erforderlich sei, sollte die Variante Bundesgasse – Kochergasse nicht realisierbar sein.³ Daran hält der Gemeinderat grundsätzlich fest. Allerdings erachtet er weder den Zeitpunkt noch das vorgeschlagene Vorgehen als zielführend. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort zum Postulat *Michael Ruefer (GFL): 2. Tramachse Innenstadt: Laufende Arbeiten der Regionalkonferenz Bern-Mittelland nach eindeutiger Mitwirkung sofort abbrechen*⁴ dargelegt hat, erachtet er eine selbständige Erarbeitung einer ZMB 2. Tramachse durch die Stadt als nicht sinnvoll. Gleiches gilt auch für die vom Vorstoss geforderte Gesamtverkehrsstudie: Auch sie kann angesichts der bestehenden Verflechtungen mit dem übergeordneten Tram- und Strassennetz nur in enger Abstimmung mit der Region und dem Kanton erfolgen und gemeinschaftlich getragen werden. Zudem muss eine solche Studie auf gefestigte Ergebnisse der laufenden ZMB «Zweite Tramachse Innenstadt» abgestimmt sein. Angesichts der noch ausstehenden Ergebnisse der ZMB wäre eine Umsetzung des Prüfauftrags zum heutigen Zeitpunkt weder zweckmässig noch effizient. Der Gemeinderat wird deshalb die Ergebnisse der ZMB abwarten und danach in Abstimmung mit Region und Kanton prüfen, in welcher Form eine übergeordnete Gesamtverkehrsstudie erarbeitet werden soll. In diesem Rahmen wird auch zu klären sein, ob und wenn ja in welcher Form aktualisierte Verkehrsprognosen greif- und nutzbar sind.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Eine Gesamtverkehrsstudie führt je nach Art ihres Umfangs erfahrungsgemäss zu Kosten in der Grösstenordnung von mehreren Hunderttausend Franken.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Antwort gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 3. Dezember 2025

Der Gemeinderat

¹ 2025.SR.0182

² www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/zweite-tramachse-kommission-gegen-variante-bubenbergplatz

³ www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/gemeinderat-nimmt-stellung-zu-zweiter-tramachse

⁴ <https://stadtrat.bern.ch/de/geschaefte/detail.php?gid=ff5a8ac21c4d4828ad7268d2a6c8f185>